

Auch unergiebig Verbrauchsteuern wie die Staatsabgaben auf Essigsäure, Zucker und Salz sind in Gefahr. Die mit geringem Verwaltungsaufwand einzustreichenden Steuern auf Spielkarten und Schaumweine dagegen konnten vor den Steuerkommissaren bestehen. Branntwein- und Tabaksteuer sollen namens der Volksgesundheit und der Bundeskasse sogar heraufgesetzt werden.

Insgesamt verkürzten die Reformschneider die Finanzdecke des Staates durch Vergünstigungen, Erleichterungen und Vereinfachungen um etwa 15 Milliarden Mark. Um dennoch den Wünschen ihres Auftraggebers Strauß („Durch die Steuerreform soll das Volumen der Steuereinnahmen nicht verändert werden“) zu entsprechen und ein ausgeglichenes Budget zu garantieren, verfielen die 14 Kommissionsmitglieder auf ein bewährtes Verfahren. Sie glichen das Defizit durch Erhöhung einer anderen Steuer wieder aus.

Da ein Prozent Mehrwertsteuer dem Staat im Jahr etwa vier Milliarden Mark beschert, schlagen sie eine Erhöhung des Satzes von elf auf 15 Prozent vor. Dank dieser Radikalkur können sie Bund, Länder und Gemeinden trotz der Streichungen einen Mehrerlös von etwa einer Milliarde Mark aufzuteilen.

Der simple, wenn auch einträgliche Finanztrick mit der Mehrwertsteuer bedroht freilich das Gesamtkonzept der konservativen Steuerreformer. Wirtschaftsminister Karl Schiller rechnete seinen Kabinettskollegen jüngst vor, daß ein Prozent Mehrwertsteuer-Erhöhung den Preisindex um knapp ein Prozent erhöhen würde. Eine von elf auf 15 Prozent angehobene Abgabe würde allein schon mit drei bis vier Prozent sofort auf die Lebenshaltungskosten durchschlagen. Dazu käme dann noch die übliche Jahresschwundrate der Kaufkraft um drei Prozent.

Die Mehrwertsteuer-Masche muß den Sozialdemokraten in Willy Brandts Kabinettsrunde schon aus gesellschaftspolitischen Gründen schlecht schmecken. Denn eine höhere Kaufsteuer auf Autos und Radios, Brötchen und Textilien würde gerade jene treffen, die wegen ihres vergleichsweise geringen Einkommens den größten Teil ihres Lohnes für Konsum ausgeben müssen.

Um Ärger von der Bundesregierung abzuwenden, beschlossen Finanzminister Alex Möller und seine Spitzenbeamten in einer Klausurtagung, mit Manipulationen an der Mehrwertsteuer solange wie irgend möglich hintanzuhalten. Möller will zunächst versuchen, die Großverdiener stärker als von den Kommissaren vorgesehen zu erleichtern. Insbesondere die vielen Sonderabschreibungen und legalen Hintertürchen des Steuerrechts, durch die sich die Reichen ins Freie drücken, sollen überprüft werden. Möllers Ministerialdirigent und Steuerreformexperte Franz Klein bekannte: „Mit der Mehrwertsteuer hausen und dann mit den vielen Steuervorteilen für die Reichen nur fieseln, das wäre doch eine Schande.“

PORNO-DEBATTE

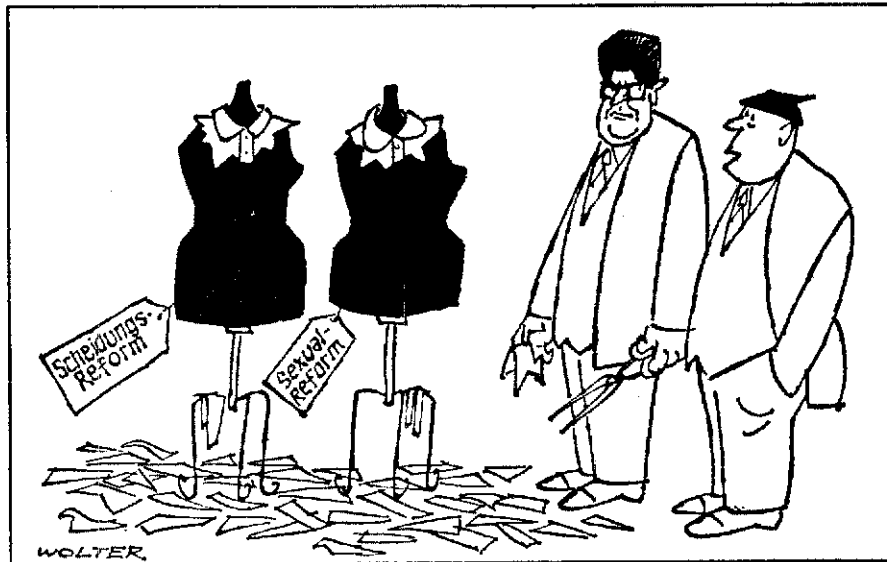
Schlappheit der Organe

Richard Jaeger enttäuschte seine Gegner nicht.

Der Bundestagsvizepräsident und CSU-Ultra ließ in der Pornodebatte des Bonner Parlaments am Freitag letzter Woche seinem Abscheu vor der „libertinistischen Rechtspolitik“ des SPD-Justizministers Gerhard Jahn freien Lauf. Vor lauter Erregung benutzte der Erz-Konservative bei der

einem Generalverbot nahekommt. Demnach dürfen pornographische Filme nur noch in geschlossenen Klubs vorgeführt, Pornohefte nicht mehr am Kiosken verkauft werden. Überdies sollen einschlägige Reklame und Zeitungsannoncen verboten und der Pornoversand nur noch gegen amtliche Bescheinigung über das Geburtsdatum der kaufwilligen Interessenten erlaubt werden.

Damit hatte sich der SPD-Minister eine große Gruppe gemäßiger Anhänger in der CDU/CSU-Fraktion ge-



Neue Osnabrücker Zeitung

„Aber wenn man mal davon absieht, Herr Jahn, daß Sie von modernen Kleidern gesprochen haben — als Krügelchen sind sie ganz nett!“

ersten Lesung der Sexualstrafrechts-Reform ungewohnte Vokabeln: Er nannte die Pornographie eine „Sumpflüte des Kapitalismus“.

Jäger: „Hier entscheidet sich, ob wir ein deutsches Kulturvolk sind oder in neue Barbarei versinken.“ Er verkündete, es sei „Pflicht der Opposition, daß sie den Protest des Volkes formuliert“. Dabei formulierte der bayrische Eiferer allenfalls den Protest einer Handvoll Scharfmacher in der CDU/CSU-Fraktion.

Denn Justizminister Jahn, glücklos als Reform, aber erfolgreich in der Anpassung an das gesunde Volksempfinden, hatte die Opposition in die Verlegenheit gebracht, daß nur noch ihre verbissensten Kulturkämpfer etwas gegen seinen zahmen Entwurf vorbringen konnten.

Ursprünglich hatte Jahn das Pornographie-Verbot des Paragraphen 184 aus dem Strafgesetzbuch streichen wollen, später war er für eine liberalere Fassung des Verbots eingetreten, schließlich, noch vor der ersten Lesung, beugte er sich einem Porno-Verdikt der spießbürgerlichen Mehrheit seiner Fraktion. Und mit Jahns Rückzug verloren die Christdemokraten einen willkommenen Vorwand, die sozialliberale Koalition vor der Öffentlichkeit überzeugend der Sittenlosigkeit zu zeihen.

Nach der neuesten Jahn-Formulierung wird der Jugendschutz vor der Pornoflut so perfekt ausgebaut, daß er

sichert. Die 63jährige CSU-Dame Ingeborg Geisendörfer machte dem Reform-Jahn Avancen: „Heute ist der Umgang mit dem schönen nackten Körper eine Selbstverständlichkeit geworden. Diese neuen Vorschläge müssen jetzt sorgfältig beraten werden.“

Ihr CDU-Kollege Rembert van Delen, 53, nach dem Urteil des SPD-Rechtsexperten Martin Hirsch „ein unverklemmter Mensch“, gab zu: „Was der Jahn macht, ist im Grunde das, was die Mehrheit bei uns will, aber die Fraktion hat das noch nicht kapiert.“ CDU-Kirchenrechtsprofessor und Ex-Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Paul Mikat, 46, identifizierte sich mit Jahn: „Ich liege auf der Linie des neuen Entwurfs, es fällt schwer, mich da als konservativ zu bezeichnen.“

Der Hamburger CDU-Vorsitzende Dietrich („Didi“) Rollmann wollte sogar glauben machen, die CDU sei insgeheim eine sexualliberale Partei: „Jahn ist ein Rhinoceros, wenn er über Land läuft und sich als Reformler aufspielt. In der Großen Koalition haben wir die Freigabe von Ehebruch, Sodomie und einfacher Homosexualität erreicht, aber das hat sich alles unter der Decke vollzogen. Auch jetzt hätte Jahn alles von uns haben können, wenn er es anders angestellt hätte.“

Nur um nicht offen einzugestehen, daß der neue Jahn-Entwurf die starre CDU/CSU-Front gegen Schmutz und

Schund aufgeweicht hat, blieb die Opposition unter Aufbietung ihrer sittenstrengsten Glieder öffentlich noch auf Konfrontationskurs. Der ehemalige Bundesminister Richard Jaeger beklagte die „Schlappheit der zuständigen Organe“ bei der Verfolgung von Pornographie. Zwar „bejahe“ auch er „Erotik, da sie gottgewollt ist“. Aber: „Die Sexualität sperrt, wenn sie übertrieben wird, den Zugang zu höheren Werten.“

Und CDU-MdB Friedrich Vogel, Porno-Aufpeitscher seiner Fraktion, sorgt sich um das Gemeinwohl: „Ein starker Drang nach Triebhaftigkeit hindert das Leistungsprinzip.“

Die Verlegenheit der Opposition ist noch gewachsen, seit die ursprüngliche Jahn-Gegnerschaft der Kirchen nachläßt. Sie hatten zunächst in einer gemeinsamen Kampfschrift den allgemeinen Sittenverfall beklagt und Jahn, ohne ihn beim Namen zu nennen, unterstellt, er leiste verwerflichen Zeitströmungen Vorschub.

Im vergangenen Monat jedoch rückte die Synode der Evangelische Kirche in Deutschland auf ihrer Berliner Tagung von dem prüden Urteil der Kampfschrift ab. Entwicklungshilfenminister Erhard Eppler, Überzeugungsevangelist des Kabinetts und Teilnehmer der Synode: „Da war schön was los.“

In einer Gegenschrift distanzieren sich überdies renommierte evangelische Christen von der Jahn-Verfolgung. Bundesverfassungsrichter Helmut Simon, Mitglied der Synode, stellte die Frage: „Wird hier nicht wieder einmal penetrant selbstgerecht vom Dach der Kirche herabgetönt?“ Er beklagte — dem CDU-Konzept zuwider — „eine für den gesellschaftlichen Frieden gefährliche und gänzlich überflüssige ideologische Polarisierung“.

Zuversichtlich erwartet Jahn jetzt auch das Einschwenken der Katholiken auf seine entschärfte Reform: „Die gehen jetzt mit meinen neuen Vorschlägen schlafen.“ Katholik Mikat, einer der Mitautoren der Kampfschrift, beichtete bereits: „Es gab da einen falschen Zungenschlag.“ Jahn, so fand die „Stuttgarter Zeitung“, habe „die Anwartschaft auf einen Kardinalshut ehrenhalber redlich verdient“.

Gerade dies ärgert Bonns Freidemokraten, die als einzige fest im Glauben an die Freiheit der Triebe blieben. Die progressive FDP-Abgeordnete Emmy Diemer-Nicolaus wetterte im Bundestag gegen die „gesteuerte Aktion“ von Kirchen und Christdemokraten. Es sei ein Symptom für „doppelbödiges Moral“, daß Bordelle verboten seien, Eros-Center dagegen mit kommunaler Unterstützung gebaut würden. Der kleine Koalitionspartner distanzierte sich in öffentlichen Erklärungen von Jahns unfreiwilliger Flucht in die Arme der CDU/CSU, und FDP-Jurist Detlef Kleinert beteuert: „Es ist nicht in unserem Sinne, daß hier zurückgedreht wird.“

Kleinert gibt die liberale Sache nicht verloren: „Das war noch nicht der letzte Erguß.“



Konjunktur-Sachverständiger Kloten
„Lohnsteigerung nahe null“

KONZERTIERTE AKTION

Was soll das?

In Karl Schillers Konzertierter Aktion wurde es schrill. Der Hausherr regte sich auf: „Das darf nicht herauskommen.“ Hastig forderte der Wirtschaftsminister am Donnerstag letzter Woche seine Beamten auf, den Teilnehmern seiner Gesprächsrunde ein drei Seiten langes Papier aus den Händen zu nehmen, das Professor Norbert Kloten, Sprecher des Konjunktur-Sachverständigenrats, ihnen gerade zugesteckt hatte.

Unter der Überschrift „Zum Spielraum für Lohnerhöhungen“ hatte der CDU-nahe Vorsitzende des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ gemeinsam mit seinen Kollegen den Gewerkschaften vorgerechnet, daß in der Lohnpolitik der „rechnerische Spielraum vom zweiten Vierteljahr



Konjunkturpolitiker Möller, Schiller
„Das darf nicht herauskommen“

1971 an nahe null Prozent“ liegen müsse. Nur bei totaler Lohnabstinenz könne die Bundesregierung darauf bauen, daß die Werte ihrer Jahresprojektion 1971 (Preissteigerungsrate drei Prozent, Lohnzuwachs sieben bis acht Prozent) noch aufgehen würden.

Die Gutachter wollen herausgefunden haben, daß sich die Arbeitnehmer dank der heißen Lohnrunde im vergangenen Herbst einen sogenannten Lohnüberhang verschafft hätten. Diese Einkommens-Explosion habe — da die üppigen Tarifverträge vom Ende 1970 die Kosten dieses Jahres aufblähen — bereits den größten Teil der Lohnmarge 1971 vorab aufgezehrt. Mit den neuen Tarifabschlüssen für Drucker und Lufthansa-Mechaniker, Lotsen und Bauarbeiter werde Schillers Planzahl sieben bis acht Prozent schon im Mai erfüllt sein.

IG-Metallchef Otto Brenner, der im September für seine 4,5 Millionen Metaller angesichts der steigenden Preise höhere Löhne und Gehälter aushandeln will, durchschaute als erster das Professorenspiel und knurrte: „Was soll denn das eigentlich? Entweder kommt diese Zahlenspielerlei vom Tisch, oder sie legen ein ähnliches Rechenbeispiel für Preise und Gewinne vor.“ ÖTV-Kollege Heinz Kluncker fragte verärgert: „Wo bleibt das preispolitische Tableau, Herr Kloten?“

In der Tat blieben die nach dem Wortlaut des Sachverständigenrats-Gesetzes unabhängigen Experten eine differenzierte Analyse von Preisen und Profiten schuldig. Statt dessen beriefen sie sich bei ihrer Gewerkschaftsschelte auf die Populär-These von der Lohnpreisspirale und verzichteten auf eine gründlichere Diagnose. Schillers Konjunkturanalytiker, Staatssekretär Johann Schöllhorn, urteilte: „Es ist außerordentlich gefährlich, sich nur auf eine Größe zu beschränken.“

Der Professoren-Vorstoß ging sogar den Unternehmern zu weit. Sparkassenverbands-Geschäftsführer Helmut Geiger fand: „Dieser Hammer war zu schwer für die Gewerkschaften.“ Einzelhandels-Präsident Fritz Conzen krittelte: „Das sind Gelehrte im luftleeren Raum.“ Ein Unternehmer tat sich keinen Zwang an: „Das sind politische Idioten.“ Gutachter Norbert Kloten verstand seine Welt nicht mehr: „Die Gewerkschaften beziehen leider alles auf sich.“ In einer Verhandlungspause verständigte sich Industrieverbandspräsident Fritz Berg mit Schillers Finanzkollegen Alex Möller, die Professoren rechts liegen zu lassen: „Wir müssen aufhören, auf die Gewerkschaften zu dreschen.“

Arbeitsführer und Unternehmer waren sich mit Schiller einig, daß künftig die Lohnrunden ruhiger werden müßten. In dem Kommuniqué zur Konzertierten Aktion erklärten sie ihre Bereitschaft, die Anstrengungen der Bundesregierung zur Wiedergewinnung der Stabilität durch entsprechende eigene Entscheidungen zu unterstützen. Norbert Kloten resignierte: „Wenn wir nicht einmal eine solche Rechnung vorlegen können, ist sowieso alles sinnlos.“